



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Ralf Stadler, Harald Meußgeier, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)**

Klagerecht gegen Landwirte und Brauereien im ländlichen Raum eindämmen: Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat für eine Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes einzusetzen, die folgende Anpassungen umfasst:

1. Klagen gegen landwirtschaftliche Betriebe, Brauereien und ländliche Kleinunternehmen sollen erschwert werden, indem immissionsschutzrechtliche Auflagen abgesenkt bzw. gestrichen werden. Dabei soll zudem auf eine Verlängerung der Umsetzungsfristen für die Einhaltung neuer Emissionsgrenzwerte um mindestens drei Jahre hingewirkt werden.
2. Die immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren bei der Errichtung und dem Betrieb von Tierhaltungsanlagen sollen entschlackt und vereinfacht werden. Dazu zählt die Möglichkeit, Vorgaben an die jeweilige regionale und betriebliche Struktur anzupassen, insbesondere bei bestehenden Altanlagen.

Begründung:

Die strengen Auflagen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, insbesondere bezüglich Ammoniakausstößen, sonstigen Gerüchen und Lärm führen zu erheblichen finanziellen Belastungen vieler landwirtschaftlicher Betriebe. Investitionen in emissionsmindernde Technik sind dabei kurzfristig oft nicht zu stemmen. Zudem häufen sich bundesweit Klagen gegen Landwirte, die diese zusätzlich unter Druck setzen. Damit wird bei vielen Landwirten das Gefühl bestärkt, aufgrund ihrer Arbeit auf gesellschaftliche Ablehnung zu stoßen. Nur durch die rigorose Entschlackung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes können diese Missstände behoben werden.

Die Landwirtschaft steht im Zentrum nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch gesellschaftlicher und ökologischer Interessen. Mit einer Abmilderung der Vorschriften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung können sowohl Umweltziele als auch das Überleben landwirtschaftlicher Betriebe gesichert werden. Eine entsprechende Bundesratsinitiative ist daher längst überfällig.